

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

186 (13.8.1920)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.-M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einlegeempl. 26 J.

Ausgabe: Verlags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.-M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der russisch-polnische Krieg

Die Anerkennung des Generals Wrangel

Eine Verschärfung der Situation durch Frankreich. Die französische Regierung hat den im Süden Rußlands gegen die Bolschewisten kämpfenden General Wrangel anerkannt. Dadurch scheint sich die Situation zwischen der Entente und Rußland verschärft zu haben. Die Anerkennung ist offenbar ohne Wissen Englands vollzogen worden. Es liegen folgende Meldungen vor:

London, 12. Aug. Die „Times“ schreibt: In die gegenwärtige Krise und die politische Lage hat die französische Mitteilung betr. die Anerkennung des Generals Wrangel wie eine Bombe eingeschlagen.

Unsere französischen Freunde, so sagt das Blatt, wissen mit welchem Nachdruck wir für ihre Forderungen eingetreten sind, wenn wir der Ansicht waren, daß ihnen von Seiten unserer Landsleute keine Gerechtigkeit widerfährt. Heute ist es Pflicht, mit dem gleichen Eifer und dem gleichen Ernst darauf hinzuwirken, daß ein solches Vorgehen dieser Art nicht zu dem von jedem verständigen Bürger Englands und Frankreichs erwünschten Ziele führen kann.

Kriegszustand zwischen Frankreich und Rußland?

Paris, 13. Aug. Die Agence Havas meldet: Nach einem Londoner Telegramm ging gestern in Kreisen, die mit den bolschewistischen Kreisen in Verbindung stehen, das Gerücht um, die bolschewistische Antwort auf die Anerkennung der Regierung des Generals Wrangel durch Frankreich werde eine offene Ansage des Kriegszustandes zwischen Sowjet-Rußland und Frankreich sein. Das genannte Blatt hebt hervor, daß noch keine Bestätigung der Nachricht vorliege, daß sie daher mit Vorbehalt aufzunehmen sei.

Die „Morning Post“ vernimmt aus unterrichteter Quelle, daß der französische Botschafter gestern in das britische auswärtige Amt gerufen worden sei und dort mit Lord Curzon eine längere Unterredung hatte. Wie das Blatt mittelt, werden angefaßt der Wendung der Dinge zwischen dem französischen und dem englischen Ministerpräsidenten neuerliche Zusammenkünfte stattfinden. Sicher sei jedenfalls, daß Lloyd George am kommenden Montag im Unterhause eine weitere Erklärung abgeben werde.

Das englische Unterhaus und die Angelegenheit Wrangel

London, 12. Aug. (Unterhaus.) Auf eine Anfrage, betreffend die Pariser Meldung, wonach die französische Regierung beschlossen habe, Wrangels Regierung anzuerkennen, sagte Lloyd George, er habe die Meldung mit Ueberraschung und Befremden gelesen. Er könne kaum annehmen, daß die Meldung korrekt sei, weil er sicher sei, daß Millerand ihm die Absicht der französischen Regierung bekannt gegeben haben würde, wenn er etwas berättigtes im Sinne habe. Ein Vorschlag auf die Anerkennung Wrangels sei auf der Konferenz in Paris nicht gemacht worden. Lloyd George fügte hinzu, England bestreite nicht, Wrangel anzuerkennen, außer in dem Falle, auf den er gestern hingewiesen habe.

Maclean führte aus: Wenn die Pariser Meldung tatsächlich den Beschluß der französischen Regierung wiedergibt, dann ist eine neue Lage entstanden, und dann muß Frankreich seinen Weg allein weitergehen. Er fragte sodann, ob es die Absicht der Regierung sei, das Haus morgen in die Sommerferien gehen zu lassen. Bonar Law erwiderte: So war es ursprünglich beabsichtigt. Die Regierung hält aber jetzt dafür, daß es besser ist, wenn das Haus am Montag wieder zusammentritt. Ich hoffe, daß die Lage bis dahin wieder klarer ist und das Haus dann in die Sommerferien gehen kann.

Die Anerkennung Wrangels vom Kabinett gebilligt

London, 12. Aug. (Neuer.) Die Note der französischen Regierung an General Wrangel, worin dessen Regierung anerkannt wird, war vom Ministerpräsidenten Millerand vorbereitet und vom Kabinett gebilligt worden. Der Berichterstatter des Neutribunals hat im französischen Außenministerium erfahren, daß die Vermutung der englischen Presse, das Personal des Außenministeriums habe die Politik der französischen Regierung durchkreuzt, unbegründet ist.

Trotsky im Hauptquartier — Lloyd George beim König

Warschau, 13. Aug. Trotsky ist in Bialystok angekommen, wo er sein Hauptquartier aufgeschlagen hat.

Am 7. d. m., 13. Aug. Nach einer Londoner Meldung des „Daily Telegraph“ hatte Lloyd George eine Audienz beim König am gestrigen Abend. Der Premierminister wird seine Rede nach der Schweiz wahrscheinlich aufgeben.

London, 13. Aug. Die Blätter erklären im allgemeinen, die Pariser Meldung betr. die Anerkennung des Generals Wrangel sei unangebracht.

Die englische Flotte in der Ostsee

Kopenhagen, 12. Aug. Wie die „National Tidende“ aus Kopenhagen meldet, hat das Eintreffen einer englischen Flotte in der finnischen Bucht in kommunistischen Kreisen Petersburgs Beunruhigung hervorgerufen. Sinesjew sagte in einer Kundgebung: Wir wollen sehen, ob das weiße Finnland wagen wird, uns zu überfallen, nachdem wir es einmal überwältigt haben. Wir wollen sehen, ob die englische Flotte gegen Petersburg vorzieht. Wenn sie es tut, werden Arbeiter und Matrosen aufgerufen, für die Verteidigung der Stadt Petersburg zu sorgen.

Frankreichs hinterlistige Politik

Paris, 12. Aug. „Matin“ schreibt: Nachdem wir Millerand den Gedanken erweisen, daß einer der Ministerpräsidenten allein Polen einen Rat erteilen oder die Annahme irgend einer Bedingung empfehlen könnte, ohne die anderen zu befragen.

gen. Nachdem die französische Regierung von den Nachrichten aus Warschau Kenntnis genommen habe, sei sie der Ansicht, Polen werde energische Anstrengungen machen, und die Tatsache, daß dem General Wrangel der Oberbefehl angeboten sei, sei ein überzeugendes Symptom dafür. Deshalb habe man geglaubt, nicht das Recht zu haben, Polen zu sagen, die Alliierten gäben ihm den Rat, die Waffen unter unehrenhaften Bedingungen niederzulegen und um zum Ausbruch zu bringen, daß Frankreich seiner früheren Verhaltenslinie treu bleibe, habe es den Entschluß gefaßt, die Regierung des Generals Wrangel anzuerkennen. Der „Matin“ gibt zu, daß es sich um eine sehr bedauerliche Meinungsverschiedenheit handle, die zu einem recht lebhaften Meinungsaustrausch zwischen London und Paris führen werde, der aber erleichtert werde dadurch, daß Ministerpräsident Millerand heute vormittag eine Rundreise durch die ehemals besetzten Gebiete antrete.

Wichtige Mitteilungen an die russische Regierung

Paris, 13. Aug. Nach einer Meldung der „Humanitee“ aus London haben sich die Mitglieder der russischen Delegation in London, Miljutin und Stohstein, an Lord eines englischen Korrespondenten nach Kewal begeben, von wo sie im Flugzeug nach Moskau weiterreisen. Sie sind zu wichtigen Mitteilungen von Kamenev an Lenin über die Haltung der Alliierten in der russisch-polnischen Frage entsandt.

Die englischen Arbeiter für sofortigen Waffenstillstand

London, 13. Aug. Einige Mitglieder des Aktionsausschusses für die am Freitag zusammen tretende Konferenz der Gewerkschaften äußerten die Vermutung, die Konferenz werde verlangen, daß die englische Regierung sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes die Sowjetregierung anerkenne und Handelsbeziehungen mit Rußland aufnehme.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rußland

Paris, 13. Aug. Die Agence Havas meldet aus London, daß bolschewistische Bevollmächtigte in Berlin und Wien eingetroffen seien zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen.

Gärung unter den englischen Bergarbeitern

London, 12. Aug. Die nationale Konferenz der Bergleute Großbritanniens hat beschlossen, unter den Bergarbeitern eine Abstimmung zu halten über die Frage, ob mit Rücksicht darauf, daß sich die Regierung für die Rückkehr zum Zwecke der Gewährung einer allgemeinen Lohnsteigerung, in den Streik eingetreten werden solle.

Eine französische Stimme über die Gewaltpolitik gegen Deutschland

Paris, 13. Aug. Der „Ceclair“ veröffentlicht einen Artikel über die französische Politik gegenüber Deutschland. In diesem Artikel wird gesagt, die französische Diplomatie müsse England begreiflich machen, daß Frankreichs Zukunft es zwingt, in Deutschland mit Gewalt vorzugehen und das deutsche Reich aufzulösen. Wenn die Engländer nicht mit Deutschland mitunwählen, dann werde Frankreich ohne sie vorgehen, denn Belgien und Frankreich würden jetzt für die zu erfüllenden Aufgaben genügen.

Der Streik beim „heiligen Vater“

Mailand, 12. Aug. Nach dem „Corriere della Sera“ sind die Angehörigen des Patrons wegen mangelhafter wirtschaftlicher Verhältnisse in einen Streik eingetreten. Die Angehörigen in den verschiedenen Gärten haben beschlossen, nur einen Teil der Arbeiten bis zur Bewilligung ihrer Forderungen zu verrichten.

Schwere Angriffe gegen die Reichswehrkammer

Berlin, 12. Aug. Der „Vorwärts“ richtet einen scharfen Angriff gegen die neue Reichswehrkammer, die am Montag zu einer Tagung in Berlin einberufen ist und die er „ein wertloses Dekorationsstück“ nennt. Er sagt: Am 9. und 10. August fand in Berlin die erste Tagung der Reichswehrkammer hinter verschlossenen Türen statt. Obwohl die Öffentlichkeit ausgeschlossen war und ein Bericht über die Verhandlungen bisher nicht erstattet wurde, sind wir in der Lage, auf Grund sehr vertrauenswürdiger Mitteilungen einiges über den Verlauf mitzuteilen. Der „Vorwärts“ bemängelt zunächst die Unterbringung der Teilnehmer. Eine Anzahl von ihnen habe nachts durchnächtigt auf der Straße gelegen. Den ganzen ersten Verhandlungstag über wußten die Teilnehmer der Tagung gar nichts von dem Verlauf der Verhandlungen der Reichswehrministeriums über sich ergehen lassen. Zu eigenen Arbeiten und zur Meinungsbildung kam die Wehrkammer überhaupt nicht. Es wurde ein Antrag gestellt, das neu eingeführte Mägenabzeichen, den Reichsadler, wieder abzuschaffen, nachdem sich die Offiziersmitglieder der Wehrkammer ganz ungeniert über den „Kudud“, den „gerupften Vogel“, die „Krähe“ usw. ausgelassen hatten. Die Kammer ließ sich überumpeln und stimmte für Abschaffung. Nun aber kam eine weitere Debatte und Abstimmung darüber, ob statt des Adlers schwarz-weißrote oder schwarz-rot-goldene Kokarden getragen werden sollten. Die Abstimmung ergab die Annahme von schwarz-rot-gold mit 27 Stimmen gegen 25 Stimmen für schwarz-weiß-rot. Mehrere Teilnehmer hatten sich der Stimme enthalten. Von sämtlichen Offiziersvertretern haben nur 3 nicht für schwarz-weiß-rot gestimmt.

Der „Vorwärts“ fährt dann fort: Bezeichnend für den Geist der von oben in die Tagung hineingetragen wurde, ist auch die Art, wie die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit mitgeteilt wurde. Der Vertreter des Reichswehrministeriums verkündete sie mit dem herrschenden Aulage an die Mannschaftenvertreter. So, jetzt kommt ihr eure Gerichtsbarkeit selber begabten. Ueber die Zusammenfassung der Wehrkammer sagt der „Vorwärts“ noch, daß der Streik nicht angeht, offenbar weil man befürchtet, daß die in die Schliche und Kniffe des Dienstbetriebes zwei Einflüsse geben.

Die Arbeitermacht

Bei jeder Gelegenheit tritt in die Erscheinung, daß die Arbeiterklasse in Deutschland, sobald sie einig ist, einen ausschlaggebenden Machtfaktor darstellt. Das zeigte sich bei der Abwehr des Kapp-Putschs, das zeigte sich bei den Verhandlungen in Spa, und das zeigt sich jetzt bei den Maßnahmen der Arbeiter zur Wahrung der deutschen Neutralität. Wenn diese Macht nur bei einzelnen Gelegenheiten zum Ausdruck kommt, und sich in der Regierung Deutschlands nicht widerspiegelt, so ist das die Schuld der Arbeiterklasse selber, die in inneren Kämpfen ihre Kraft verkehrt und nur bei seltenen Anlässen die Kraft aufbringt, als geschlossene Einheit an die Öffentlichkeit zu treten.

Jedes Mal aber, wo dies geschieht, da sehen wir deutlich, Bestürzung und Mut sich in der reaktionären Presse widerspiegeln. Bei der Konferenz von Spa hielt sie sich noch einigermaßen zurück, weil ihr Interesse an der Abwehr der Ententeforderungen mit dem der Arbeiterklasse parallel ging. Aber selbst jetzt, wo man glauben sollte, daß auch die Aufrechterhaltung der „nationalen“ Herrschaften am Herzen läge, können sie ihre Mut darüber nicht verbergen, daß der Wille der Arbeiterklasse sich als die festeste, vielleicht die einzige Stütze, dieser Neutralität erweist. Mit Grabschreien orakeln die reaktionären Blätter vom Schicksal der „deutschen Tageszeitung“, „Kreuzzeitung“ usw., daß wir uns auf dem Wege zur Räteherrschaft befinden, wenn das so weiter ginge, sie entrißten sich über die angebliche gewerkschaftliche Nebenregierung und fordern die Regierung auf, den Arbeitern klar zu machen, daß die Wahrung der Neutralität und die arbeitsmäßige Politik überhaupt allein Regierungssache sei.

Nicht immer haben die Alldeutschen so über Nebenregierung geredet. Wenn sich eine Nebenregierung der Generale in Deutschland zu bilden sucht, so waren und sind sie damit vollkommen einverstanden. Wir erinnern daran, wie beim Friedensschluß von Versailles, wie in der Auslieferungswacht und noch einem halben Dutzend ähnlicher Fälle ein paar Generale der Regierung den Kurs ihrer auswärtigen Politik vorzuschreiben wollten.

Das Verhalten der Arbeiterklasse wird vollkommen gerechtfertigt durch die Lausworte, die der Fabrikantier Dr. Simons von der Reichstagstribüne den Lohnverteidigern gegenüber hat dafür, daß sie der deutschen Regierung den Kampf für die deutsche Neutralität durch ihr aktives Eingreifen erleichtert habe. Es wird auch gerechtfertigt durch einen Führer der Deutschnationalen selber, den die Deutschnationale Reichstagsfraktion gerade bei außenpolitischen Anlässen als ihren Sprecher vorzuschicken pflegt, den Professor Bötker.

Der Wert dieses Zeugnisses wird auch dadurch nicht gemindert, daß die „Post“ selber eine Nummer später in den Chor derer einstimmt, die behaupten, daß die Gewerkschaften wieder einmal wie am Ende des Kapp-Putschs eine Nebenregierung zu etablieren hätten. Dieser Schrei zeigt nur, wie entsetzlich die Angst der Reaktionäre vor der Macht der organisierten Arbeiterklasse ist, auch mo diese Macht selbst in ihrem Sinne sich zum Guten betätigt. Dieser Eindruck wird auch von der unabhängigen „Freiheit“ bestätigt, die schreibt:

„Die Neuherungen der reaktionären Presse entspringen lediglich der Furcht vor der Möglichkeit, daß das Proletariat sich in geschlossener Front nicht nur gegen das Ententeokkupant, sondern auch zum Widerstande gegen die Deutschnationalen und die merkantilistische Bevölkerung durch den gesamten Kapitalismus zusammenfinden könnte.“

Wenn die „Freiheit“ nur einzusehen vermöchte, weshalb ungeheure Selbsthätigkeit in diesen Worten liegt! Eben die Spaltungsarbeit der Unabhängigen ist es, die bisher stets verhindert hat, daß diese geschlossene Front gegen den gesamten Kapitalismus, die von den Reaktionären so sehr befürchtet wird, zu Stande kam.

Sind doch in der Unabhängigen Partei selber zurzeit wieder allerstärkste Kräfte am Werke, um auch das festeste Machtinstrument der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, zu zerhacken, wie die Verformung der unabhängigen Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre im Bezirk Halle gezeigt hat, wo die unabhängigen Abgeordneten Dismann und Koenen sich gegenüberstanden. Diese Entwicklung zeigt, wie die radikalen Schreier nichts können, als ein Machtinstrument der Arbeiterklasse nach dem andern zu zerstören. Nach der Partei kommen die Gewerkschaften daran.

Dies ist der innerste Grund, warum die Arbeitermacht, die heute längst in Deutschland ausschlaggebend sein könnte, es immer noch nicht ist. Aber sollten die Arbeiter nicht endlich aus der Lethargie lernen, daß ihre Macht dort, wo sie geschlossen auftritt, sich als unüberwindlich erweist. Jede Gelegenheit, bei der ein einiges Vorgehen erzielt wird, dient dazu, ihnen dies erneut ins Bewußtsein zu bringen. Für das deutsche Proletariat gilt heute das Wort Shakespeares: Nicht durch der Sterne Schuld, durch eigene Schuld sind wir Schwächlinge.

Politische Uebersicht

Was steckt dahinter?

Der Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Dr. Mäder scheidet mit dem 1. September aus dem Reichsdienst aus, um eine leitende Stellung in einem privaten Unternehmen anzutreten.

Geheimrat Mäder ist von Erzberger vom Reichswehrministerium in das Finanzministerium geholt worden, weil Mäder ein Kenner des Gesetzes ist. Sollte Herr Mäder dem Reichswehrministerium infolge seiner Kenntnisse unbehagen geworden sein, so daß man ihm das Leben bis zum Ueberdruß sauer gemacht hat?

Südslawische Kritik des Friedensvertrages

Bei der Beratung des Friedensvertrages von Versailles in der Belgrader Stupskina führte der Abgeordnete Matković, aus: Ich habe, daß im Völkerbundsausschuß und auch in der Friedenskonferenz zur allgemeinen Unzufriedenheit der kleinen Völker die Großmächte die Uebermacht haben. So werden schicksalsschwere Beschlüsse über andere Staaten gefaßt werden können, ohne daß man sich um den Standpunkt der kleinen Nationen bekümmert. Ich habe weiter, daß die Friedenskonferenz nicht imstande war, eine Reihe prinzipieller Fragen zu entscheiden. In die Welt wird solange der Friede nicht eingehen, als nicht die von den Großmächten angeführten, aber nicht durchgeführten Prinzipien der Selbstbestimmung der kleinen Nationen und Staaten Geltung erlangen. Deutschland und seine Verbündeten werden finanziell nicht in der Lage sein, alle materiellen Schäden ihrer Gegner zu tragen, ich bin deshalb dafür, daß man in vieler Hinsicht Deutschland Erleichterung verschafft.

Kommunistenversammlungen

In der unabhängigen „Leipziger Volkszeitung“ lesen wir: Ein Genosse schreibt uns: Nachdem ich gestern nach Arbeitsschluß unsere Protokollversammlung besucht hatte, ließ ich mich bereiten auch die Versammlung der Kommunisten in der Grünen Schänke zu besuchen. Ich habe immer etwas für die Kommunisten übrig gehabt. Heute bin ich kurier.

Was soll man zu dem Satz des Redners, eines gewissen Kammer, sagen, den er in den Saal brüllte: Die „Leipziger Volkszeitung“ ist das gefährlichste Revolver zur Verbrüderung des Proletariats oder: Die Rechtssozialisten gleichen Hunden, die im Verrecken liegen. Dabei rennen heute noch große Arbeitermassen hinter dieser Partei her. Weiter: Die schlimmste Sorte Unabhängige sind die Leipziger usw. und fand dafür Zustimmung von einer Anzahl Zuhörer. Solche Leute wollen den Arbeitern helfen.

Ich habe für immer genug. Hoffentlich auch diejenigen, die mit dem Vorwurf nicht einverstanden waren und Zwischensprüche machten. . . .

Wir brauchen der Aufschrift nichts hinzuzufügen.

Wir ab r müssen leider der hinzufügen daß wir den Sauerherdenten, der nach der „L. V.“ in einer Kommunistenversammlung herrschte, auch schon in unabhängigen Versammlungen gehört haben.

Eine beachtenswerte Vereinbarung

Die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ meldet aus Frankfurt a. M.: Aufsehen den Verband der Metallindustriellen für Hessen-Nassau und die angrenzenden Gebiete einerseits und dem Frankfurter Metallarbeiterverband andererseits kam eine Vereinbarung zustande. Rückwirkend auf den 25. Juni dieses Jahres soll eine Lohnerhöhung von 10 Prozent auf den Gesamtverdienst gezahlt werden. Bei Firmen mit verkürzter Arbeitszeit soll der Ausfall der Arbeitszeit folgendermaßen vergütet werden: Bei Betrieben, die bis zu 32 Stunden wöchentlich arbeiten, soll 30 Prozent des Differenzbetrages, bei Betrieben, die unter 32 Stunden wöchentlich arbeiten, soll 50 Prozent des Differenzbetrages vom 1. August ab gezahlt werden. Für die Berechnung wird a) bei Lohnarbeitern der jeweilige Tariflohn zugrunde gelegt, b) bei Akkordarbeitern der Durchschnittsverdienst der letzten vier Wochen, in denen voll gearbeitet wurde. Vom 1. August ab müssen die obigen Vereinbarungen allgemein Platz greifen. Die Vereinbarungen gelten nur für Groß-Frankfurt a. M.

Damit ist der Steuerabzug ausgeglichen und auch die niedrigeren Folgen der Kürzungen sind zum Teil behoben.

Hans und Heinz Kirch

Novelle von Theodor Storm.
(Fortsetzung.)

Er hatte den Kopf abgeworfen und war mit aufgestreiftem Kinn an den Tisch getreten. Jetzt wandte er sich dem Kopf, und seine braunen blühenden Augen ruhten in den ihren. „Danke, Schwester“, sagte er. Dann tauchte er den Kopf in die Schale und spritzte mit dem Wasser umher, wie es wohl Leuten eigen ist, die dergleichen im Kreise zu verrichten pflegen. Die Schwester, am Türpfosten lehnd, sah dem schweigend zu; ihre Frauenaugen musternden des Bruders Kleidung, und sie erkannte wohl, daß alles neu geschafft sein mußte; dann blieben ihre Blicke auf den braunen sehnigen Armen des Mannes haften, die noch mehr Narben zeigten als das Antlitz. „Armer Heinz“, sagte sie, zu ihm hinüberneigend; „die müssen schwere Arbeit getan haben!“

Er sah sie wieder an; aber diesmal war es ein wildes Feuer, das aus seinen Augen brach. „Demonio!“ rief er, die aufgesteckten Arme schüttelnd; „allerlei Arbeit, Schwester! Aber — basta y basta!“ Und er tauchte wieder den Kopf in die Schale und warf das Wasser über sich, als müsse er, Gott weiß was herunterspülen.

Beim Abendee, den die Familie zusammen einnahm, wollte eine Unterhaltung nicht recht geraten. „Ihr seid weit umhergelaufen, Schwager“, sagte nach einigen vergeblichen Anläufen der junge Themann; „Ihr müßt uns viel erzählen.“

„Zeit genug“, erwiderte Heinz; aber zum Erzählen kam es nicht; er gab nur kurze allgemeine Antworten. „Lass ihn, Christian!“ machte Frau Lina; „er muß erst eine Nacht zu Hause geschlafen haben.“; er muß erst es am ersten Abend nicht gar zu stille werde, begann sie selbst die wenigen Erinnerungen aus des Bruders Jugendjahren auszukramen, die sie nach eigenem Erlebnis oder den Erzählungen der Mutter noch beharrte.

Heinz hörte ruhig zu. „Und dann“, fuhr sie fort, „dann, als du dir den großen Anker mit deinem Namen auf den Arm geißelt hattet! Ich weiß noch, wie ich schrie, als du so verbrannt nach Hause kamst, und wie dann der Physikus

Die Unterbringung von Bergarbeitern

Bewerndung von Flugplätzen und Festungen

Der Genosse Abgeordneter Löfler hat im Reichstage die Anfrage an die Regierung gerichtet, ob sie bereit sei, mit der Entente in Verhandlungen darüber zu treten, daß im Interesse der Kohlenförderung die nach der Forderung der Entente niederzuliegenden Flugplätze und Unterkunftsräume der Festungen, soweit sie in der Nähe der Kohlenbezirke liegen, zur Unterbringung von Bergarbeitern stehen bleiben können. Für die Belegungsbewerndung fehlt es an Unterkunftsräumen und Wohnungen. Das Problem der Kohlenförderung steht und fällt mit der Unterbringung von Bergarbeitern. Je mehr und je rascher für die Bergarbeiter Siedlungsmöglichkeiten geschaffen werden, desto intensiver wird die Kohlenförderung betrieben werden können.

Offizier oder Nachwächter

Run haben wir es gerichtlich beieinander: Der Offizier rangiert auch in der deutschen Republik vor dem Nachwächter. Anlaß zu dieser Urteilsbegündung gab ein Prozeß, über den die „Welt am Montag“ berichtet. Ein Gutsherrenknecht im pommeresischen Kreis Dramburg hatte unter „Vertrauensstellung“ folgen des Anrates im Kreisblatt veröffentlicht: „Ordnlicher Nachwächter wird gesucht, gemelener Offizier wird bevorzugt.“ Auf dieses Angebot wurde er wegen öffentlicher Beleidigung des Offizierstandes zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. „Wenn auch der Ruf eines Nachwächters als ein ehrbarer gilt, so liegt doch darin, daß die Offiziere zu ihm in Beziehung gebracht werden, eine Ehrenkränkung des Offizierstandes, da die Offiziere im Leben eine hohe Stellung einnehmen, während der Ruf des Nachwächters zu den unteren gehört.“ Run wißt ihes, deutsche Nachwächter.

Lohnverbesserung für die rheinisch-westfälische Eisenbahn-Arbeiterchaft

Essen, 10. Aug. Bei seiner in das rheinisch-westfälische Industriegebiet unternommenen Besichtigungsreise hatte der Reichsverkehrsminister Erzner auch eine Zusammenkunft mit den Vertretern der Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnbeamten, bei der diese auf die in den Arbeiterkreisen wegen der geringen Gehälter herrschenden Verbitterung hinweisen und es als notwendig bezeichnet, daß so schnell wie möglich die neuen Tariflöhne und die neuen Sätze der Besoldungsordnung ausgeglichen und die Vorhältnisse in Feuerungsanlagen umgewandelt werden. Die besten Kräfte schreiben wegen der geringen Bezahlung aus, was dem Verkehr nicht dienlich ist. Reichsverkehrsminister Erzner wies darauf hin, daß alles getan werde, um die Ausgahlung der neuen Löhne und die Nachzahlung der Besoldungsordnung zu beschleunigen. Für den Wohnungsbau würden zweihundert Millionen Mark bei der Regierung zur Verfügung gestellt werden. Er werde die berechtigten Forderungen der Eisenbahner mit aller Entschiedenheit vertreten. Beim Ministerium wird eine Stelle aus Arbeitern und Beamten eingerichtet, welche brauchbare Vorschläge der Bediensteten zur Verwirklichung des Betriebes unterziehen und zur Einführung vorzuschlagen soll.

Große Freude bei den kasspistischen Staatsstreikern

Die Reichsregierung stellt die Disziplinarverfahren ein. Das Kabinett hat sich mit der Rückwirkung des Amnestiegesetzes auf die Disziplinarverfahren beschäftigt. Dabei kam man zu dem Ergebnis, daß das Amnestiegesetz nicht auf Disziplinarverfahren, sondern nur auf Strafverfahren Anwendung finden sollte. Andererseits war das Kabinett darüber einig, daß es dem Geist und dem Ziel des Amnestiegesetzes entspreche, eine möglichst weitgehende Verhütung aller beteiligten Kreise herbeizuführen. Das Kabinett hat daher beschlossen, daß die Untersuchungsakten sofort ihre Tätigkeit einstellen, neue Disziplinarverfahren auf Grund neuer Anzeigen nicht mehr eingeleitet, die schwebenden Verfahren mit möglichster Beschleunigung zu Ende geführt werden sollen. Verhütung wird dieses Vorgehen nicht schaffen, sondern weitere Volkstheile in die nächste Verurteilung berücken. Jüngere Ermächtigung zu diesem Vorgehen durch den Reichstag hat in keiner Weise vorgelegen. Bei dem gerechten Born über diese Verbrechen so wohlgeleitete Regierung soll man jedoch nicht vergessen, daß wir diese Regierung in erster Linie der Wirtschaftspolitik der Unabhängigen verdanken.

Hans und Heinz Kirch

geholt wurde. Aber — und sie stutze einen Augenblick — „war es denn nicht auf dem linken Unterarm?“

Heinz nickte: „Mag wohl sein; das sind so Jungensstreiche.“

„Aber Heinz, — es ist ja nicht mehr da; ich meine, so was könne nie vergehen.“

„Muß doch wohl, Schwester; sind verteuerte Krankheiten da drüben; man muß schon oft auftrieden sein, wenn sie einem nicht gar die Haut vom Leibe ziehen.“

Hans Kirch hatte nur ein halbes Ohr nach dem, was hier gesprochen wurde. Noch mehr als sonst in sich zusammengesunken, verzehrte er schweigend sein Abendbrot; nur bisweilen warf er von unten auf einen seiner scharfen Blicke auf den Heimgekehrten, als wolle er prüfen, was mit diesem Sohne noch zu beginnen sei.

Aber auch die folgenden Tage blieb dies wortkarge Zusammensein. Heinz, erkundigte sich so der nicht umsonst verfahrenen, noch sprach er vor dem, was weiter denn mit ihm geschehen soll: „Kannst du das nicht abgeben?“

Badische Politik

Die Wohnungsnot in Baden

Die vom Badischen Arbeitsministerium zu Beginn dieses Jahres veranstaltete Wohnungshebung bei sämtlichen Gemeinden des Landes hatte das Ergebnis, daß zu diesem Zeitpunkt 25 598 Wohnungslosigkeiten vorliegen. Seitdem hat sich die Wohnungsnot noch verschärft; erst kürzlich ist mitgeteilt worden, daß allein in Mannheim 6300 Wohnungslosigkeiten vorliegen, von denen rund 2000 als dringlich zu betrachten sind. In einem amtlichen Artikel der „Karlsruher Ztg.“ wird nun hierzu ausgeführt, daß sich eine Befreiung von dieser fürchterlichen Wohnungsnot nur auf dem Wege einer großzügigen und planmäßigen Neubautätigkeit erreichen läßt. Mit Hilfe der für das Jahr 1919 verfügbaren Baufondszuschüsse, die an Reichs-, Staats- und Gemeindemitteln 52 Millionen betragen, werden im ganzen nur etwa 3000 Wohnungen fertig werden und die für 1920 bis jetzt zur Verfügung stehenden Mittel von 42 Millionen zur Gewährung von Darlehen dürften bei den inzwischen gestiegenen enormen Baukosten nur zur Finanzierung von halb so viel Wohnungen ausreichen. In dem Artikel wird deshalb betont, daß sich die ungeheuren Mittel für den Wohnungsbau nicht durch allgemeine Steuern, sondern nur dadurch beschaffen lassen, daß ein Ausgleich zwischen den Mieten der bestehenden und neu zu erzielenden Wohnungen erfolgt, wie das grundsätzlich von der Reichsregierung geplant wird.

Die Berichterstattung über die Ausschüßungen des Landtags

In einem längeren Artikel in der „Karlsruher Zeitung“ weist Landtagsabgeordneter Weismann darauf hin, daß die Arbeiten im Landtag immer mehr von den öffentlichen Vortragsveranstaltungen in die nichtöffentlichen Ausschüßungen verlegt werden, wie das beim Reichstag schon seit Jahren der Fall. So wurden auch in der nun zu Ende gegangenen Sitzungsperiode nur 63 öffentliche Sitzungen abgehalten, denen nicht weniger als 280 Ausschüßungen gegenüberstanden. Die Berichterstattung über diese Ausschüßungen war bisher im allgemeinen nicht gerade eine solche, wie man das hätte wünschen dürfen. Die Presse wurde von Abgeordneten bedient, die die Bedenkenwürdigkeit ihrer Berichterstattung nicht durch die Bedenkenwürdigkeit dieser von den Abgeordneten geführten Berichte, daß sie nämlich zu sehr vom parteipolitischen Standpunkt aus abgefaßt waren und deshalb doch kein völlig lückenloses Bild der Ausschüßungsverhandlungen geben konnten. Abg. Weismann tritt in dem Artikel der „Karlsruher Ztg.“ mit Recht für eine umfassendere Berichterstattung über die Ausschüßungen ein. Er bezeichnet es als einen fühlbaren Mangel, daß über die Ausschüßungen im Verfassungsausschuß keine lückenlosen stenographischen Aufzeichnungen vorliegen, wo es sich doch um äußerst wichtige Debatten gehandelt hat.

Aus der Partei

Von den Unentwerteten

Wir lesen in der „Verner Tagwacht“:

Sonderbarer Radikalismus. Bekanntlich haben hier radikale Winterkure Stadträte der sozialdemokratischen Fraktion ihr Mandat niedergelegt, weil sie ihre radikale Gesinnung zwingt, jede Verührung mit den Vürgerlichen zu vermeiden und auch jede parlamentarische Tätigkeit unfruchtbar fanden. Nur bolschewistisch-kommunistische Methoden und radikale Ausschüßigkeiten führe zum Ziele, meinten sie. Jede Zusammenarbeit mit den Sozialparteiern oder gar mit Bourgeois war ihnen zum Greuel geworden. Wie staunten da die mehr oder weniger radikalen Genossen Winterkurs, als der „Arbeiterturner“ zu melden riefte, daß einer dieser radikalen ehemaligen Stadträte am kantonalen Turnfest in Schaffhausen als Stadträte mit einer Serie eigendürftiger Turnkreuze auf der Helbenbrust paradiert habe.

„Kommunisten als Antiparlamentarier Arm in Arm mit den Kuratpatrioten, die neueste Ergrünung auf dem Gebiete der politischen Akrobatik!“ meint der „Arbeiterturner“.

Auch in Deutschland und in Baden gibt es solch komische Zeitgenossen.

Hans und Heinz Kirch

Der große

hat ein Buch

„Welch

aus dem

in den

Soziale Rundschau

Wo steht die Gerechtigkeit?

Aus dem Material schreibt man uns: Durch Zeitungen, Anschläge usw. wird darauf aufmerksam gemacht, daß diejenigen Kriegsteilnehmer, die nach dem 9. 11. 1918 zur Entlassung kamen und noch keinen Entlassungsantrag besitzen, diesen sofort bei der zuständigen Stelle in Empfang nehmen können. Bezeichnend ist es, auf der Bahn oder in einer Wirtschaft Gespräche zu belauschen und so einen Einblick zu bekommen, wie die Anzüge „empfangen“ werden. Die in den Revolutionsjahren Entlassenen haben bekanntlich nur noch „empfangen“ und ohne Anzug bezw. im Zivilanzug ist kein Mann abgegangen. Jetzt nach beinahe zwei Jahren werden diese Anzüge, die vollständig zerrissen sein können, von der Bekleidungsstelle manchmal sehr bereitwillig gegen einen neuen umgetauscht. Wenn aber seine Sachen zur Abgabe zu gut sind, kauft sich bei einem Altkändler in Rastatt oder Umgebung einige alte Lumpen für billiges Geld und erhält dann den neuen Anzug. Und dies alles, weil die Papiere nicht richtig ausgefüllt wurden bei und nach der Entlassung. Wer es versteht, bekommt also 2-3 Anzüge, Schuhe und so weiter.

Unersicht ist es dagegen mit den vor dem 9. 11. 1918 entlassenen Mannschaften aus, mögen sie nun ein oder vier Jahre im Felde gewesen sein. Diese haben nach der erlassenen Verfügung keinen Anspruch, werden also ohne weiteres zu einer minderwertigen Sorte von Menschen gerechnet. Ein großer Teil der im November 1918 entlassenen Mannschaften ist kaum einige Wochen Soldat gewesen, hat aber alle Rechte der Verfügung für sich, während der auf Grund einer Reklamation nach 1-2-jähriger Feldzeit Entlassene das Nachsehen hat. Was erhielten z. B. die Reklamierten bei der Entlassung? Antwort: Die Aufforderung, an einem bestimmten Tage die Reklamation abzugeben und wenn die Reklamation nicht innerhalb der Frist abgabener oder sonst eine Kleinigkeit nicht ganz in Ordnung war, überhört wird vom „gleichen Recht für alle“ gesprochen, warum wird in den vorstehend geschilderten Fällen aber eine so große Ausnahme gemacht? Vielleicht tragen diese Teile etwas dazu bei, daß die vor dem 9. 11. 1918 Entlassenen auch einmal zu ihrem Recht kommen. Zur Bezahlung der dauernd wachsenden Schulden werden auch die Reklamierten und vor dem Zusammenbruch Entlassenen gefunden, warum nicht bei der Ausgabe der Bekleidungsstücke? Hier muß Wandel geschaffen werden, soll die ohnehin starke Ungleichheit nicht noch weiter wachsen.

Verbindlichkeitsklärung. Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen, Post- und Telegraphenarbeiter, in Karlsruhe, hat beantragt, den zwischen ihm, dem Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands, dem Bund deutscher, österreichischer und Schweizer Brauereigenossen und dem Verband sächsischer Brauereigenossen G. B. in Freiberg i. V. am 25. Juni 1920 abgeschlossenen Tarifvertrag nebst Zusatzvereinbarung zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der in Brauereien und Brennereien beschäftigten Anestellten und Arbeiter gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 1456) für das Gebiet von Ober- und Niederbaden förmlich der Wahllinie Rell, Appenweier, Oberkirch, Oppenau) für allgemein verbindlich zu erklären. — Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 25. August 1920 erhoben werden und sind unter Nummer VI R 1893 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Lustenstraße 33, zu richten.

Gewerkschaftliches

Die Notlage der Textilarbeiter.

In allen größeren Textillorten Badens fanden gut besuchte Versammlungen statt, die sich mit der wirtschaftlichen Lage der Textilindustrie beschäftigten. Kollege Kiesel behandelte die derzeitige wirtschaftliche Lage im Reich unter besonderer Berücksichtigung der Textilindustrie. Der Redner behandelte die wirtschaftliche Krise innerhalb unserer Industrie und verurteilte nachdrücklich, daß dieselbe von einem Teil Textilfabrikanten noch ganz erheblich verschärft wird, ohne daß dazu zureichende Gründe vorhanden sind. Es sei daher Pflicht und Aufgabe von Reich, Staat und Gemeinde für diese unglücklichen Opfer der kapitalistischen Produktionsweise einzutreten, um die Notlage derselben zu mindern. Die Textilfabrikanten verfolgen ohne Zweifel durch die Verschärfung der Krise ganz bestimmte Zwecke und soll versucht werden, ab 1. Oktober die 46stündige Arbeitswoche zu beseitigen, um an deren Stelle die 48stündige Arbeitswoche zu setzen. Es solle also versucht wer-

Ein Brief für den Spiegel.

Der große russische Dichter und Sozialist Maxim Gorki hat ein Buch geschrieben „Der Kleinbürger und die Revolution“ (Verlag von V. Garz, Berlin), worin er dem Bürgertum Russlands sehr ernsthaft und bittere Wahrheiten sagt. In einem Brief beantwortet Gorki die Anfrage einer gnädigen Frau, warum die Revolution das einfache gutmütige Volk so vollkommen gewandelt hätte im Guten wie im Bösen. Was Gorki auf diese Anfrage erwidert, gilt nicht nur für Russland und russische Bürger. Auch bei uns ist dieser Brief sehr nützlich zu lesen. Er lautet:

„Was ist mit diesem guten russischen Volk geschehen, weshalb ist plötzlich aus ihm ein blutiger Raubtier geworden?“ — fragt mich eine Dame, deren Brief auf einem teuren, kostbaren Papier geschrieben ist.

„Gnädige Frau! Sie wollen wissen, was mit dem Volke vorgegangen ist? Die Geburt ist ihm gerissen. Lange hat es geschmerzt, lange hat es sich zu rühren, der Gewalt unterworfen, lange hat es geduldet. Ihr ganzes Leben auf dem knechtlichen Rücken getragen, und nun — kann nicht weiter.“

„Beschalt — wollen wir aufrichtig sprechen — weshalb sollte das Volk kein Raubtier sein? Was haben Sie getan, damit es ein solches sein sollte? Haben Sie dem Volke etwas Vernünftiges beigebracht, haben Sie irgend etwas Gutes in seine Seele gesät?“

Ihr ganzes Leben lang nahmen Sie ihm seine Arbeit, seinen letzten Pfennig Brot, nahmen Sie ihm alles weg, einfach und leicht, ohne zu verstehen, daß Sie nehmen. Sie lebten, ohne sich zu fragen — wodurch, durch welche Kraft Sie leben. Durch den Bruch Ihrer Ketten riefen Sie den Leid der Armen und der Unglücklichen hervor; wenn Sie auf dem Lande neben den Duschiti (Wauern) lebten, dann haben Sie auf diese wie auf Menschen einer niedrigeren Rasse herab. Jene aber verstanden alles. Es sind ziemlich feinfühlig und gar nicht so sehr böse Menschen, doch Sie haben sie schließendlich böse gemacht. Das ist ja doch sehr einfach; da Sie angesichts der Entbehrten feste Lehren, konnten Sie von ihnen keine Dankbarkeit erwarten. Ihr Gehirng, Ihre Musik konnten nicht den Hungernden verzeihen. Ihre herablassend-verächtlichen Benehmen dem Mühseligen gegenüber konnte in seiner Seele keine Achtung vor Ihnen nähren. Was haben Sie für ihn getan? Haben Sie dafür gesorgt, daß er reichlicher werde? Sie dachten gar nicht daran. Der Mühselige war für Sie ein Raubtier; manchmal unterhielten Sie sich mit ihm, wie mit einem Wilden, doch nie-

Die Internationale

Neues Hoffen

Von Friedrich Stampfer.

Es waren keine überhöchlichen Hoffnungen, mit denen wir dem Kongreß der zweiten Internationale in Genf entgegenzogen. Wir wußten wohl, daß zu gleicher Zeit in Moskau die Vertreter des Teils des internationalen Proletariats versammelt waren, der den Boden der Demokratie verlassen hat und auf den Abwegen der Gewalt und des Säbels das Haus der Zukunft aufzubauen glaubt. Jetzt nachdem die Tagung zu Ende und wir ihre Arbeit überschauen und würdigen können, stellen wir frohen Herzens fest: Genf hat unsere Erwartungen übertroffen. Sein Ergebnis ist mehr als ein vorbeihastender Anfang. Genf war eine Tat, die ihre starken Wirkungen in allen Lagern nicht verhehlen wird. Die deutsche Delegation verließ diesen Kongreß mit dem Gefühl tiefer Befriedigung und mit dem Bewußtsein, daß er für das arbeitende Volk und ganz besonders für das Proletariat Deutschlands Gutes geleistet hat.

Seit dem Kriegsende war Genf nicht die erste Zusammenkunft der internationalen Sozialdemokratie. Wenn wir Deutschen diesmal mit einigem Zweifel in die Schweiz gefahren sind, so deshalb, daß uns und unserem Volk im vergangenen Jahr allzu Schwers aufgebürdet worden ist, ohne daß wir von unseren Genossen der Entente-Länder wenigstens die moralische Unterstützung gefunden hätten, die notwendig gewesen wäre, um den starken Glauben an die Internationale zu bewahren, daß die ewigen und heute noch unfruchtbaren Kriegsschulddebatten den bisherigen Tagungen die beste Zeit genommen hatten, in dessen Europa nach Vorrat und Frieden schrie. Auch diesmal stand wiederum die „Schuldfrage“ auf der Tagesordnung und wir machten uns wiederum auf schwere Wortgefechte gefaßt. Nichts von alledem. Der Versuch wurde in den Kommissionsberatungen erklart, und die Entscheidung über diese Frage, der auch unsere Delegierten zustimmen, hat den Stein auf eine Gruft gewälzt, die wir nimmer öffnen wollen.

Was der Konferenz erst die große Bedeutung gab und sie zu einem Brennpunkt der politischen Ereignisse machte, ist die tiefere wirtschaftliche und politische Lage Europas. Wie im August 1914 steht auch heute wieder die Welt vor den schwersten Entscheidungspunkten: vor Krieg und Frieden. Einen Unterschied gibt es allerdings im Jahre 1920: die arbeitenden Klassen lassen sich nicht mehr überumpeln, lassen sich nicht mehr täuschen. Gegen ihren Willen gibt es keine Kräfte mehr, und wo die Vertreter des englischen Proletariats saßen und sprachen, dorthin mußte die Welt, mußten die Staatsmänner blicken.

den, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne abzuhauen und das in einer Zeit, wo tausende von Textilarbeitern verkrüppelt arbeiten müssen oder als Arbeitslose auf der Straße liegen. Durch die Verringerung der 46stündigen Arbeitswoche besteht die Gefahr, den freien Samstagvormittag zu beseitigen, der aber für unsere in der Textil-Industrie zu Tausenden beschäftigten Frauen und Mädchen eine zwingende Normendigkeit geworden ist. Deshalb müsse in der schärfsten Form auch gegen das Gutachten der Handelskammer in Schopfheim, Preisabbau des Kleinhandelskaufmanns vom 28. Juli betr., in welchem zum Ausdruck gebracht wird, daß die Löhne abgebaut und die Arbeitszeit verlängert werden müsse, protestiert werden.

Diesen Forderungen der Textilarbeiter stellt die Textilarbeitergewerkschaft folgende einstimmig gefasste Forderungen entgegen:

1. Entziehung der absoluten Verfügungsgewalt des einzelnen Kapitalisten über die Fabrik;
2. Beschränkung der Profitwirtschaft durch planmäßige organisierte Produktion; zwingender Zusammenschluß der Betriebe zu sich selbst verwaltenden Organisationen (Kartellen). Den Selbstverwaltungskörpern stellt die Leitung der zusammengefügten Betriebe zu. Die Selbstverwaltungskörper werden gebildet aus Arbeitern, Angestellten, organisierten Konsumenten, Unternehmern und Vertretern der Staatsgewalt.

Diese Forderungen halten die Textilarbeiter für die dringendsten des Tages. Demgegenüber muß die bereits auftauchende Forderung der Unternehmer nach Abbau der Löhne geradezu als ein Verbrechen an der durch die Betriebsbeschränkungen weiter verarmten und ausgemergelten Textilarbeiter bezeichnet werden, während die weitere Unternehmerrforderung nach Verringerung der 46-Stundenwoche und Verlängerung der Arbeitszeit als blutiger Hohn auf die derzeitigen Zustände anmutet.

Die Arbeitergewerkschaft befindet in voller Einmütigkeit ihren festen Entschluß, zur Abwehr des Lohnabbaues und gegen eine Verlängerung der tariflichen 46-Stundenwoche eine dem Unternehmertum gegenüber unerschütterliche Phalanx zu bilden und für bessere Existenzbedingungen auch vor dem offenen Kampfe nicht zurückzusicheren.

Und sie haben hingesehen und haben dort die bergliche Kameradschaft bemerkt, den aufbauenden Willen der Arbeiter, die nichts wissen wollen von imperialistischen Kriegen und bolschewistischer Diktatur, nicht von kapitalistischem und nicht von leninistischem Terror, die Frieden wollen und Wohlergehen für alle Völker, um auf dem Weg der Demokratie zum Sozialismus zu gelangen. Was die Vertreter der englischen und belgischen Arbeitergewerkschaft über den Hunger in den Mittelstaaten in die Welt gerufen haben, das Mitgefühl mit den Brüdern und Schwestern in Deutschland, die Beratungen in Genf, wie der Not und dem Elend in Deutschland abgeholfen werden könne, das zeigt, wie wiederum in den arbeitenden Klassen die internationale Solidarität erwacht und das Trennende des Weltkrieges vergessen ist. Gätten wir sonst keinen Beweis, die Verhandlungen in Genf gegen uns, wie erbärmlich das Bürgerturn aller Nationen gegenüber dem Proletariat dastelt, das inmitten der Chauvinistenhege, die überall lobt, aus Blut und Tränen heraus die Stimmen der Vernunft und der Menschlichkeit erlösen läßt.

So stark der Eindruck des Kongresses auf die Regierungen und auf die ganze bürgerliche Welt, so sehr wird er in den abseits liegenden sozialistischen Kreisen und Parteien wirken. Auch hier ist es das Gewicht der englischen Sozialisten und damit fast der gesamten englischen Arbeitergewerkschaft, das schwer in die Waagschale fällt. Heute liegt der Schwerpunkt der europäischen Arbeiterbewegung in England, was auch äußerlich auf dem Kongreß zum Ausdruck gekommen ist. England und Rußland sind heute die Pole der politischen Lage Europas, wie der gesamten sozialistischen Bewegung. Englands arbeitende Klassen stehen wie wir auf dem Boden der Demokratie und verwerfen jede Gewalt, wie jeden Krieg, mag er auch ein bolschewistischer sein.

In Genf sah unsere Partei als Gleicher unter Gleichen und die moralische Kraft, die die Verhandlungen und Beschlüsse in das bürgerliche Lager ausstrahlen, wird nicht gering sein. In Moskau fanden die deutschen Unabhängigen im Büfsergewand und fanden dennoch keine Gnade. Das ist der Unterschied zwischen Gleichberechtigung und Diktatur. Hier der Wille zum Aufbau, zum Frieden, die allein zum Sozialismus führen können. Dort Gewalt und Terror, die niemals eine bessere Weltordnung erzeugen können. Genf war eine Tat, und zugleich muß uns, wie es der gelehrte Alterspräsident, Genosse Bernstein, in frohe Worte kleidete, aus Genf die Kraft und der Mut erwachsen, unter dem Banner der Demokratie die Proletarier aller Länder zusammenzuschließen zur sozialistischen Arbeit.

Jugend und Sport

Fußballspiele im Arbeiter-Turn- und Sportbund.
Am Sonntag, 15. August, findet auf dem Sportplatz des Turnerbundes Rintheim Gruppe Spiel statt. Es treffen sich die Vereine Gagsfeld, Rintheim, Müppurr, Eisingen, Karlsbrunn, Ost. Süd. und Weststadt. Es ist Pflicht, daß alle 1. und 2. Mannschaften erscheinen, da es der letzte Spieltag der Gruppe ist. Der Sportplatz liegt im Hardwalde bei Rintheim. Die Spiele beginnen mittags 2 Uhr. Ball mitbringen.

Freie Turnerschaft Bruchsal I — Turnverein „Bahufrei“ Gröbningen I 2:4. — Freie Turnerschaft Bruchsal II — Turnverein „Bahufrei“ Gröbningen II 1:5

In einem Freundschaftsspiel trafen sich am vergangenen Sonntag in Bruchsal obige Mannschaften. Um 1/2 Uhr begann das Spiel der II. Mannschaften, in welchem Gröbningen

Kleines feuilleton

Ueber den Wandel der Zeiten bei monarchistischen Parteigängern bringt 2 in der „Zf.“ folgende charakteristische Notiz: Er war zwar, der 1. und 2. Graf v. Giesl in Belgrad, auch an jenem 23. Juli 1914 nur ein Briefträger, als er Verhörsnotizen der serbischen Regierung überreichte. Aber es gab sicher niemals in der Weltgeschichte einen verhängnisvolleren Briefträger, und damals war er wirklich eine historische Figur, der Baron Giesl; die Augen von fünf Erdteilen waren in den folgenden 30 Minuten vierundzwanzig Stunden auf ihn gerichtet, und als der Draht in alle Windrichtungen die Kunde trug, daß er „mit dem Personal der Gesandtschaft“ Belgrad verlassen habe, senkte es sich wie schwarze Schatten auf die frühdie Sommerwelt und eisdalte Vorahnung von Schauerlichem troch uns an. Das alles ist gerade sechs Jahre her! Und heute gibt es kein Oesterreich-Ungarn mehr und das L. u. Z. verhaubt in der Kuppelkammer der Geschichte, aber der Freiherr v. Giesl ist noch frisch und munter. Und wohnt auf seinem Hofgut in der Nähe von Nadersburg im Staatsgebiet des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen. Und als in dem allerdings zu Unrecht von den Südslaven besetzten Nadersburg vor kurzem der siebenundsteigzigste Geburtstag des Königs Peter durch einen Festgottesdienst gefeiert wurde, war er da in der Kirche? Natürlich der Baron Giesl und betete andächtig für das Heil des Herrschers, dessen Regierung er damals jene Note, jene Bombe vor die Füße warf. . . . Ja, der Wandel der Zeiten!

Die praktische Auto-Falle. Eine neue Methode, um Automobile, die schneller als erlaubt fahren, zur Redenshaft zu ziehen, wird in Wien angewendet. Schutleute sind in bestimmten Abständen an den Hauptautobahnstraßen aufgestellt und mit großen Holzplanen ausgerüstet, die mit langen schwarzen Nägeln besetzt sind. Wenn ein zu schnell fahrender Kraftwagen sich nähert, werfen sie die Platte über den Weg; das Auto faunt über die Nägel; die Gummireifen werden davon durchlöchert, und es muß anhalten. Die Polizisten erheben nun das vorgeschriebene Strafmaß und außer dieser Summe hat der Automobilbesitzer auch noch den Schaden, daß seine Reifen repariert werden müssen. Diese etwas gewalttätige Maßregel wird damit verteidigt, daß ein Kraftwagen, der die erlaubte Geschwindigkeit einhält, imstande sein soll, anzuhalten, bevor er die Platte erreicht. Die griechische Polizei findet diese Methode gegen das Raufen mit den Autos vorzugehen billiger und wirksamer als die Einrichtung eines Geschwaders von Schutleuten auf Motorräder.

Letzte Nachrichten

Die französischen Sozialisten und die dritte Internationale

Paris, 12. Aug. Agence Havas. Die sozialistischen Depu-

Paris, 12. Aug. Die sozialistische Partei Frankreichs

Nach dem „Petit Parisien“ macht sich nunmehr eine erheb-

Lüttwieg und die Kappisten lassen sich aus ihrem Versteck hören

Berlin, 13. Aug. In der „Kreuzzeitung“ schreibt General

Die Lage im Saargebiet

Mainz, 13. Aug. Ueber die Lage im Saargebiet wird aus

Der Abzug der Italiener aus Astenstein

Die Wrangellaffäre

London, 13. Aug. „Evening Standard“ vernimmt aus guter

London, 13. Aug. Der französische Geschäftsträger hat im

Paris, 13. Aug. Der „Temps“ schreibt zu der Anerkennung

London, 13. Aug. „Evening Standard“ vernimmt aus guter

Nastatter Anzeigen

Oberammergauer Festspiele

Lebensmittel-Verteilung

Lebensmittel-Verteilung

Lebensmittel-Verteilung

Paris, 13. Aug. Die „Liberte“ erfaßt angelehnt der gro-

Berlin. Nach der Meinung des „Berl. Tagebl.“ dürfte sich

London, 13. Aug. Lloyd George richtete an die Arbeiter-

Berlin, 13. Aug. In der „Kreuzzeitung“ schreibt General

Der Marfurs in der Schweiz notierte heute etwa 13,10

Wetternachrichtendienst der Badischen Landes-

Wasserstand des Rheins

Briefkasten der Redaktion

Verbandsanzeiger

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Kurt, B. Otto Seib, Väder. Rudolf Erich, B.

Eheausgaben. Emil Rehmer von hier, Fabrikarbeiter hier,

Eheausgaben. Karl Schül von hier, Kaufmann hier,

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach

Geburten. Hildegard Hermine, B. Josef Ghnis, Maurer. No-

Eheausgaben. Friedrich Otto Ferkel, Eisenbahn-Abspirant

Seite 4
Abend mit
dem Rat
berbringt zu
B. Spoz
seloch. Im
der sch
Der Ring
ite n je n
die folgen
brachten.
er eine den
im Flur
folge Herz
schinnen
auspuffen
Die bes
wegen Die
g.
nehmer eine
Unterneh
Nachts den
schweiss
August 1914
a befristet
wenn der
Wiederan
haltung vom
Arbeitgeber
steilnehmen
bergehmen
ausausfü
der Arbeit
diesen oder
der Schick
s zuntun
n, daß dem
bzgl. den
u, und den
allgemein
Nicht aber
Dr. Knittel
er. Krill
und wie er
riegsteilneh
Fall ange
abspieß.
at 1918 bet
Vertriebe
Mann hatte
in der bet
er Arbeit
erschäft. Am
Militär ein
entlassen
zum 3. Juli
den Drucker
beauftragen
m Geschäft
schigung der
des an, sagte
er erst einem
das Geschäft
mit war der
er bemessen
er am Mon
A. Knittel
am 19. Juli
führer, daß
A. Knittel
nungen sei.
dem Geschäft
Schlichtungs
des Geschäft
gestrichelt
Wiederentfer
deser Janina
meister wegen
die Strafe
Schlichtungs
scholter Heu
des Bild
mittel auf sei
t bollant
ein fogar in
die Firma bei
er hief Geld
erpflichtungen
nmen, findet
g. Seitens des
art werden
im Gemein
ter und An
Tarifs für
handelt, alle
er ihnen nach
llen Fragen
st Herr Dr.
st Herr Dr.
ndigung nicht
gt hat, nicht
amt es auf
daß erit alle
einem isolier
den ist, die
den ist, die
g wirtschaftl
wird. Herr
Aber das
Arbeitgeber
mmindestens
herherrsch
st Herr Dr.
größtenteils
selnen Fall
werden, der

Arbeiter! Agitiert für den „Volkstrend“

